

6639/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend „Werbekampagne“ im Auftrag des Familienministeriums sowie Streichungen von Mitteln für Frauenberatungsstellen

In den letzten Wochen war und ist man/frau in den verschiedensten Medien mit seltsam anmutenden Schwarz - Weiss - Plakaten bzw. Inseraten mit Kleinkindern darauf konfrontiert, denen Sätze in den Mund gelegt sind wie „Ich bin die Chefin“ bzw. „Ich bin der Chef“ oder „Mein Chef macht in die Hose“. Näheren Angaben auf diesen Plakaten/Inseraten kann man entnehmen, dass diese im Auftrag des Familienministeriums angebracht wurden und dass damit eine Botschaft zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ vermittelt werden soll. Auch eine Telefonnummer des Familienministeriums wird darauf bekanntgegeben. Der tiefere Sinn dieser Plakate bleibt aber - unserem Eindruck nach - den meisten BetrachterInnen (so auch uns) verborgen.

Weiters wurde in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit bekannt, dass das Familienministerium Mittel, die bisher Frauenberatungsstellen zur Verfügung gestellt wurden, gestrichen hat. Konkret handelt es sich beispielsweise um die Beratungsstelle DANAIDA in Graz, die Deutsch - und Alphabetisierungskurse für Frauen mit begleitender Kinderbetreuung anbietet. Die Finanzierung dieser begleitenden Kinderbetreuung, die seit mehreren Jahren vom Familienministerium übernommen worden war, wurde heuer - unerwarteterweise und nachdem in Erwartung dieser Finanzierung bereits Kinderbetreuungsarbeit geleistet worden war - nicht mehr bewilligt. Die Streichung dieses Geldes hatte die sofortige Kündigung einer Mitarbeiterin sowie eine Reduzierung des Angebotes zur Folge. Eine der Begründungen für die Nichtbewilligung dieser Mittel war, dass das Familienministerium heuer „andere Schwerpunkte, nämlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ hätte. Auch andere Frauenprojekte sind von der Streichung von Geldern des Familienministeriums betroffen.

Es liegt für uns daher der Verdacht nahe, dass - unter anderem - diese Gelder zu Finanzierung der oben angesprochenen Kampagne verwendet wurden, da ansonsten von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie von seiten des Familienministeriums nicht viel zu bemerken war und ist. Überdies wäre es interessant zu erfahren, ob das Familienministerium das Ziel der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur für Frauen anstrebt oder ob es auch im Interesse des Familienministeriums liegt, ebenso wie Müttern den Vätern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

A. „Werbekampagne“ des Familienministeriums

1.
 - a. Von welcher Agentur wurde die gegenständliche Kampagne konzipiert?
 - b. Von wann bis wann läuft diese Kampagne?
 - c. Wie hoch sind die Kosten dafür (bitte eine detaillierte Darstellung: Kosten für Plakate, Inserate, Agentur, etc.)?
 - d. Woher kommen diese Mittel bzw. welche Umschichtungen gab es zur Finanzierung der Kampagne? Wurden Mittel für andere Projekte, Maßnahmen etc. gestrichen, um diese Kampagne zu finanzieren? Wenn ja, welche Projekte etc. waren von den Streichungen betroffen?
2.
 - a. Welche Ziele verfolgen Sie mit dieser Kampagne, was soll den RezipientInnen damit vermittelt werden?
 - b. Fürchten Sie nicht, dass Ihnen unterstellt werden könnte, diese Kampagne nur deshalb durchzuführen, um in der Vorwahlzeit Ihr Ministerium auffällig in den Blickpunkt zu rücken? Was antworten Sie auf solche Unterstellungen?
3.
 - a. Glauben Sie nicht, dass das Geld, das für diese Kampagne ausgegeben wurde, sinnvoller eingesetzt wäre, wenn Sie damit beispielsweise Kinderbetreuungsplätze oder andere Maßnahmen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie tatsächlich erleichtern, finanzieren würden?
 - b. Können Sie sich vorstellen, dass Eltern über Ihre Kampagne erbost sind, weil in der Realität Kinderhaben und Berufstätigkeit nur unter den größten Schwierigkeiten vereinbar sind und sich an dieser Situation in Ihrer Zeit als Familienminister nichts verbessert hat?
4. Wie erklären Sie unbeteiligten Personen, dass eine solche Kampagne aus öffentlichen Mitteln finanziert wird?
5.
 - a. Ist das „Familientelefon“, auf das auf den Plakaten hingewiesen wird, bei Ihrem Ministerium eingerichtet? Wenn nein, wo sonst?
 - b. Seit wann gibt es das „Familientelefon“?
 - c. Was ist der genaue Zweck dieses "Familientelefons"? Wird dort beispielsweise Rechtsberatung erteilt?
 - d. Wieviele Personen bedienen das „Familientelefon“ und welche Ausbildung haben Sie jeweils? Wurden diese Personen zu diesem Zweck neu angestellt?
 - e. Wie stark wird diese Telefonnummer frequentiert und was sind die häufigsten Fragen/Wünsche/Beschwerden der AnruferInnen?

B. Familienfreundliche Maßnahmen des Familienministeriums

6. Obwohl das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ in Schreiben Ihres Ministeriums als „zentrales Schwerpunktthema des Familienministeriums“ bezeichnet wird, ist das einzige Projekt, das in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit bekannt wurde, das sog. „Audit Familie und Beruf“. Stellen Sie dieses Projekt bitte detailliert dar (Kosten, Ziele, Dauer, wurden die Ziele erreicht, welche Unternehmen sind beteiligt, genaue Vorgaben an diese, etc.).
7. Was haben Sie in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode sonst noch getan, um Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern? Stellen Sie alle

- weiteren größeren Projekte, die zur Erreichung dieses Zieles auf Ihre Initiative durchgeführt wurden, dar (Kosten, Ziele, Dauer, wurden die Ziele erreicht, etc.)?
8. Haben Sie sich jemals dafür eingesetzt, dass die Gesetzeslage derart verändert wird, dass es tatsächlich zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern kommt? Wenn ja: Wann und wie? Was waren die Ergebnisse Ihrer diesbezüglichen Bemühungen?
 9. a. Haben Sie als Familienminister je irgendwelche Maßnahmen gesetzt, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für AlleinerzieherInnen - die bekanntermaßen besonders von Armut bedroht sind - zu ermöglichen?
b. Sind AlleinerzieherInnen und ihre Kinder für Sie vollständige Familien?
 10. Wie Sie vielleicht wissen, übernehmen die - gesellschaftlich unbedankte - Aufgabe der Kinderbetreuung nach wie vor in den allermeisten Fällen Frauen. Daher treffen die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familien in erster Linie sie. Was haben Sie in Ihrer Zeit als Familienminister bisher getan, um Frauen in dieser Situation zu unterstützen?
 11. a. Halten Sie den von Ihnen in der Öffentlichkeit unterbreiteten Vorschlag „Karenzgeld für alle“ für eine Maßnahme zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Wenn ja, erläutern Sie dies bitte.
b. Zum Vorschlag „Karenzgeld für alle“: Finden Sie es fair, dass die derzeit vorhandenen Überschüsse im Familienlastenausgleichsfonds - die größtenteils durch Lohnverzicht von ArbeitnehmerInnen entstanden sind bzw. durch Maßnahmen im Zuge der Sparpakete, die ebenfalls primär ArbeitnehmerInnen betroffen haben (de - facto - Verkürzung der Karenzzeit, etc.) - an alle Eltern von Kleinstkindern verteilt werden sollen und damit eine Umverteilung von Erwerbstätigen zu nicht Erwerbstätigen stattfindet?
 12. Wie stellen Sie sich die soziale Absicherung von Eltern von Kleinkindern (insbesondere solcher Eltern, die nicht erwerbstätig waren) nach Ende des Karenzgeld - für - alle - Bezuges vor?
 13. Nach eigenen Aussagen ist Ihnen die „freie Wahlmöglichkeit“ für Mütter, ob sie mit Kind erwerbstätig sein wollen oder ihr Kind zuhause betreuen wollen, sehr wichtig. Väter haben diese Wahlmöglichkeit derzeit nicht, da von verschiedener Seite Druck auf sie ausgeübt wird, weiter berufstätig zu sein.
a. Ist es für Sie im Rahmen der von Ihnen geforderten „freien Wahlmöglichkeit“ genauso wichtig, dass auch Väter die freie Wahl haben, zuhause zu bleiben und ihr Kind zu betreuen oder berufstätig zu sein?
b. Welche Maßnahmen könnten Ihrer Ansicht nach gesetzt werden, um Vätern diese Wahlfreiheit wirklich zu ermöglichen?
c. Welche Maßnahmen haben Sie als Familienminister in diesem Sinne gesetzt oder wo haben Sie sich für solche Maßnahmen eingesetzt? Was war der Erfolg?
d. Glauben Sie, dass ein einkommensabhängiges Karenzgeld eine Maßnahme in Sinne der Wahlfreiheit für Väter sein könnte? Wenn nein, wieso glauben Sie das nicht?

C. Streichungen von Mitteln für Frauenberatungsstellen

14. a. Begründen Sie bitte genau, weshalb Sie der Beratungsstelle DANAIDA die Mittel für begleitende Kinderbetreuung - die bereits mehrere Jahre von Ihrem Ministerium übernommen worden waren - 1999 nicht bewilligt haben.
b. Warum haben Sie der Beratungsstelle DANAIDA dies nicht bereits am Jahresanfang mitgeteilt, da Sie doch wußten, dass die Beratungsstelle mit diesen Mitteln rechnete?

15. Wissen Sie, dass die Beratungsstelle DANAIDA aufgrund der Nichtbewilligung dieses Geldes zur sofortigen Kündigung einer Mitarbeiterin gezwungen war? Wissen Sie auch, dass Folge der Nichtbewilligung dieses Geldes ist, dass viele in Österreich lebende Frauen nicht mehr deutschen Sprachunterricht in Anspruch nehmen können, obwohl sie daran Interesse haben? Wie bringen Sie dies mit Ihrer - bei Ablehnung der Gelder der Beratungsstelle als Schwerpunkt genannten - dezidierten Absicht in Einklang, Beschäftigung zu schaffen?
16. Stellen Sie bitte detailliert dar, welche Mittel, die bisher von Seiten Ihres Ministeriums Frauenberatungsstellen bzw. Frauenprojekten zur Verfügung gestellt wurden, im Jahr 1999 insgesamt genau gestrichen wurden - welche Leistungen sind davon betroffen, welche Frauenberatungsstellen in welchen Bundesländern sind davon betroffen und in welcher Höhe wurden Gelder gestrichen?
17. Begründen Sie bitte im Detail die Nichtbewilligung dieser Gelder.
18. Wie werden diese Mittel stattdessen verwendet? Stellen Sie bitte konkret dar, wofür (für welche Projekte, etc.) dieses Geld nun anderweitig verwendet wird.
19. a. Halten Sie es für wichtig, dass Frauenberatungsstellen eine fixe finanzielle Basis haben und nicht jedes Jahr erneut um die Bewilligung von Geldern zittern müssen (manchmal, wie im vorliegenden Fall, zurecht)?
b. Werden Sie sich in diesem Sinne für die Beschlussfassung über ein „Frauenberatungsfinanzierungsgesetz“ einsetzen, wie es entsprechendes für die Familienberatungsstellen schon lange gibt?